



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21891-33
Fernschreiber 0866990

P/XII/60 - 13. März 1957

Hinweise
auf den Inhalt:

Schuss aus dem Hinterhalt	S. 1
Erklärung des Parteivorstandes der SPD zu den Verdächtigungen gegen Herbert Wehner, M.d.B.	S. 2a
Sozialisten in Argentinien	S. 3
Schulreform in Bremen	S. 5
Bemühungen um Deutschlands Wiedervereinigung in den USA	S. 7
Spiel mit der Wahltermin	S. 8

Schuss aus dem Hinterhalt

sp- Der Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, Rasner, hat am Dienstag Nachmittag in einer Pressebesprechung in Beantwortung einer - offenbar vorbereiteten - Anfrage darauf hingewiesen, dass sich die CDU eine Stellungnahme zu Behauptungen der schwedischen Zeitung "Dagens Nyheter" über den sozialdemokratischen Bundestagsabgeordneten Herbert Wehner "vorbehalte". "Dagens Nyheter" hatte berichtet, Herbert Wehner habe während des zweiten Weltkrieges von Stockholm aus einen Spionagedienst der Komintern geleitet.

Ein Teil der der CDU nahestehenden Presse hat nun diesen Vorgang zum Anlass genommen, in ihren Mittwochausgaben die Frage zu stellen, ob Herbert Wehner ein "Sowjet-Agent" war.

Der Vorstand der SPD nahm bereits sachlich zu den Verdächtigungen gegen Herbert Wehner Stellung. Daraus ergibt sich, dass ausser der allgemein bekannten Tatsache der früheren Zugehörigkeit Wehners zur KP - die er nie abgeleugnet hat - die Veröffentlichungen der schwedischen Zeitung in den entscheidenden Punkten jeder Grundlage entbehren.

Unabhängig davon soll aber hier folgendes festgestellt werden: Der Geschäftsführer der CDU-Bundestagsfraktion, Rasner, hat mit seinen Erklärungen vor der Presse den Startschuss zur Wiederholung von Wahlkampfmethoden gegeben, die vor dem Parteivorsitzenden der CDU, Dr. Konrad Adenauer, vor der Bundestagswahl 1953 mit später durch Gerichtsbeschluss als falsch erwiesener Behauptung einleitete, sozial-

demokratische Funktionäre (Schroth und Scharley) erhielten für ihre Propaganda "Geld aus dem Oaten".

Dass man diesmal zur Zielscheibe von Verleumdungen und Verdächtigungen den Vorsitzenden des Bundestagsausschusses für Gesamtdeutsche Fragen, Herbert Wehner, ausserkor, hat seine besonderen Gründe. Wehner ist einer der profiliertesten westdeutschen Politiker, die wegen ihrer umfassenden Kenntnis gesamtdeutscher Fragen der CDU und besonders dem Bundeskanzler schon seit langer auf die Nerven fällt. Die entscheidenden Vorschläge für eine aktive Politik der Wiedervereinigung Deutschlands entstanden auf der Grundlage von gewissenhaften Ausarbeitungen Herbert Wehners. Unzählige Male hat Herbert Wehner die Regierungskoalition dazu gezwungen, seinen Argumenten zu folgen; er hat sie immer wieder an ihre Pflichten gegenüber Gesamtdeutschland erinnert und mit nie versagender Energie stets dafür gesorgt, dass die Frage der Wiedervereinigung Deutschlands mit allen ihren Aspekten Gegenstand der parlamentarischen und ausserparlamentarischen Diskussion in der Bundesrepublik blieb.

Die Tatsache, dass Wehner einmal Kommunist war, ist allgemein bekannt. Jetzt benutzt man die aus dem Sensationsbedürfnis einer schwedischen Zeitung entstandene Verdächtigung, um diesen über jeden Zweifel erhabenen deutschen Politiker und mit ihm seine Partei zu diffamieren. Das haben bisher nur der "Rheinische Merkur" und die Kommunisten fertig gebracht, die in Wehner mit Recht einen ihrer unversöhnlichen Gegner erblicken.

Diese Methode wird von Politikern angewandt, deren eigene Vergangenheit schon öfter Gegenstand bezeichnender Kommentare gewesen ist. Rasner selbst gehörte vor seiner Nominierung als Kandidat zur Bundestagswahl 1953 nicht der Kirche an. In dem Augenblick, in dem sein Name für die Sammelkandidatur in Schleswig-Holstein (Flensburg) auftauchte, trat er schnell wieder der Kirche bei. Im Hintergrund der Verdächtigungskampagne gegen Wehner steht der Kanzler-Freund und Mitverfasser der Nürnberger Judengesetze, Staatssekretär Globke. Auch andere Typen, mit mehr oder weniger fragwürdiger politischer Vergangenheit, gehören zu den "Material-sammlern" gegen die SPD.

Es besteht gar kein Zweifel darüber, dass der Tiefschlag gegen Wehner ein Teil jener perfiden Methoden ist, mit denen die CDU auch den diesjährigen Wahlkampf zu führen gedenkt. Es ist ihr hierbei gleichgültig ob durch spätere Gerichtsverhandlungen die Haltlosigkeit von Verdächtigungen oder Verleumdungen festgestellt wird. Die Hauptsache ist für sie, in der deutschen Öffentlichkeit Zweifel an der Aufrichtigkeit ihrer politischen Gegner zu wecken. Wir haben jedoch die Gewissheit, dass der gesunde Instinkt der Wähler diese Art von "politischer" Auseinandersetzung ablehnt und seine Entscheidung gegen diejenigen treffen wird, die zur Versumpfung des öffentlichen Lebens in der Bundesrepublik derartige Beiträge leisten.

13. 3. 1957

Erklärung des Parteivorstandes der SPD zu den Verdächtigungen
gegen Herbert Lehner, KdB.

Die schwedische Zeitung "Dagens Nyheter" hat am 9. März 1957 einen Bericht veröffentlicht, in dem behauptet wird, dass der sozialdemokratische Bundestagsabgeordnete Lehner Ende 1941 nach Stockholm entsandt worden sei, um eine Spionage-Zentrale für die Komintern zu errichten. Dieser Bericht ist von einigen deutschen Tageszeitungen mit zum Teil böswillig unterstellenden Überschriften übernommen worden, nachdem schon im Februar dieses Jahres in einer CDU-Versammlung in Speyer behauptet worden war, Lehner habe zu einem Stockholmer Spionagekreis gehört.

Der Vorstand der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands stellt fest, dass es sich hier um ein weiteres Beispiel übelster politischer Brunnenvergiftung handelt. Der Vorstand weist die Beschuldigungen entschieden zurück und erklärt, dass Herbert Lehner nach wie vor sein volles Vertrauen genießt.

*

Zur Sache selbst stellt der Abgeordnete Herbert Lehner fest:

1. Ich war niemals Sowjetspion und habe niemals einen schwedischen Nachrichtendienst der Komintern oder irgendeinen anderen Nachrichtendienst der Komintern geleitet oder an ihm mitgearbeitet.
2. Ich bin weder in Moskau noch an einer anderen Stelle der Sowjetunion für Spionagetätigkeit oder sonstwie gesekult worden.
3. Ich habe niemals einen Auftrag erhalten, in Stockholm oder an anderen Stellen in Schweden eine Spionage-Zentrale für die Komintern zu errichten oder an ihr mitzuarbeiten.
4. Ich konnte die Sowjetunion erst 1941 verlassen. Ich bin nach Stockholm gegangen, um von dort aus so bald wie möglich nach Deutschland weiterzureisen. Das wurde später unmöglich, da sich inzwischen der Krieg ausweitete und der Gestapo gerade während dieser Zeit in Deutschland weitgehende Einbrüche in die illegalen Parteiorganisationen gelangten.
5. Während meiner Stockholmer Zeit habe ich mich ausschliess

lich darauf konzentriert, trotz zunehmender Schwierigkeiten so bald wie möglich in Deutschland meine Widerstandsarbeit gegen das Hitler-Regime wieder aufzunehmen.

Meine politische Tätigkeit bestand vor allem in der Mitarbeit bei der Herausgabe der in Stockholmerscheinenden deutschsprachigen Wochenschrift "Die Welt".

6. Die Verurteilung durch das Stockholmer Stadtgericht erfolgte auf Grund meiner Zusammenarbeit mit schwedischen und nach Schweden geflüchteten deutschen Kommunisten und auf Grund der weiteren Tatsache, dass ich mich als Ausländer ohne die erforderlichen Aufenthaltspapiere in Schweden aufhielt.

Die Urteilsgründe haben ausdrücklich hervorgehoben, dass sich meine politische Tätigkeit nicht gegen irgendwelche militärischen oder sonstigen Sicherheitsvorrichtungen gerichtet haben.

Ich bin auch heute noch jederzeit bereit, vor jeder zuständigen schwedischen Stelle alle zur völligen Aufklärung der damaligen Ereignisse notwendigen Angaben zu machen.

Die jetzigen Veröffentlichungen sind offensichtlich der Versuch, einen zur SPD gehörenden Abgeordneten durch Verleumdungen zu vernichten, weil er früher Kommunist gewesen ist und weil man damit hofft, die SPD zu treffen. Ich habe nie geleugnet, Mitglied der Kommunistischen Partei gewesen zu sein. Stets und mit voller Recht weise ich aber jede Behauptung zurück, jemals für die Sowjetregierung oder einer ihrer Einrichtungen oder für eine von der früheren Komintern betriebenen Spitzelorganisation tätig gewesen zu sein. Ich habe stets abgelehnt, in die Dienste irgendeiner russischen oder anderen Geheimorganisation einzutreten oder eine Unterstützung zu leisten. Seit meiner polizeilichen Festnahme in Stockholm bin ich aus jeder Tätigkeit im Rahmen oder in Verbindung mit der Kommunistischen Partei Deutschlands oder einer anderen Kommunistischen Partei ausgeschlossen. Ich habe es nach meiner Entlassung aus dem schwedischen Internierungslager auch abgelehnt, vor einer Institution der Kommunistischen Partei zu erscheinen oder mit ihr in Unterhandlungen zu treten. Meine Haltung seit dieser Zeit braucht nicht erläutert zu werden, da sie vor aller Öffentlichkeit klarliegt.

Die Sozialistische Partei Argentiniens im Wiederaufbau

H.G. Buenos Aires

Noch heute, anderthalb Jahre nach dem Sturz der peronistischen Diktatur, ragen in der Rivadavia-Strasse 2150, im Stadtzentrum von Buenos-Aires die rauchgeschwärzten Ruinen des sozialistischen Volkshauses zum Himmel. Der prächtige, moderne Bau mit seinem Druckereibetrieb, dem Parteiverlag, der grossen Volkstücherei, dem Festsaal und den Verwaltungsräumen wurde im Anschluss an eine öffentliche Kundgebung der Peronisten, in der der Parteichef seine Brandreden gehalten und zur physischen Vernichtung seiner Gegner aufgerufen hatte, von fanatisierten "Hemdlösen" zusammen mit Polizisten in Brand gesteckt.

Peron konnte zwar den mit Arbeitergroschen im Laufe von Jahrzehnten erworbenen Besitz der Partei, aber er konnte nicht die Partei vernichten. Allen Verfolgungen und Terrormassnahmen zum Trotz hat sich der Kern der Organisation erhalten und unmittelbar nach dem Sturz des Diktators den Wiederaufbau in Angriff genommen. Er wird geleitet von dem Rechtsanwalt Dr. Ramón A. Muris, der auch unter den schwierigen Verhältnissen der Diktatur kompromisslos als Generalsekretär die Geschäfte der Partei führte. Neben ihm stehen der auch im Ausland bekannte Prof. Américo Chiclaí, Frau Dr. Alicia Justo, die Witwe des Parteigründers, Prof. Alfredo Palacios, z.Zt. argentinischer Botschafter in Uruguay und viele andere tüchtige Funktionäre der jüngeren Generation, um deren Vielzahl und Qualitäten die Sozialistische Partei von ihren Konkurrenten beneidet wird.

Der Wiederaufbau schreitet rüstig fort. Zwar reichen die Geldmittel für den Neubau des Parteihauses noch nicht aus (es wird dafür gesammelt) und die Organe der Partei sind noch provisorisch in Bezirkslokalen untergebracht, aber längst erscheint das Parteiblatt "La Vanguardia" wieder wöchentlich und erfreut sich im ganzen Lande einer ständig ansteigenden Auflage. Ausser den Arbeiterkreisen wird auch der Mittelstand und das Kleinbürgertum von diesem Parteiorgan erfasst, das in Alicia Justo eine talentierte Chefredakteurin gefunden hat.

Abend für Abend herrscht in den Parteilokalen, die entsprechend den Wahlbezirken über die ganze Stadt verstreut sind und auch mehr und mehr in das weite Land vordringen, reger Betrieb. Sie sind die eigentlichen Keimzellen der Organisation, die als einzige Partei

25. März 1957

Argentiniens als wahrhaft demokratisch bezeichnet werden kann. Hier wird unter starker Anteilnahme von Studenten und Jungarbeitern politische Schulungsarbeit geleistet, hier werden Vorträge theoretischer Art gehalten, die Tagespolitik diskutiert, hier wird nicht zuletzt auch Pionierarbeit für die sozialistischen Aufgaben in den Gewerkschaften geleistet. Und angesichts der für Juli festgesetzten Wahlen zu einer verfassungsgebenden Versammlung werden hier auch in demokratischer Freiheit diejenigen Kandidaten für den Nationalparteitag vorgeschlagen, die die Sozialisten in diesem Forum vertreten werden. In diesen Keimzellen der Partei wächst ein Funktionärkörper heran, der in jedem Augenblick die Leitung übernehmen kann. Politische Gegner haben ihn neiderfüllt den Generalstab ohne Heer genannt.

Gewiss hat es die argentinische sozialistische Partei in einem immer noch vorwiegend agrarischen und unentwickelten Land noch nicht zur Mehrheitspartei gebracht. Allerdings wählte die Hauptstadt Buenos Aires vor Peron traditionell eine sozialistische Mehrheit ins Stadtparlament, aber draussen im unermesslich weiten Gebiet der Pampas, wo auch heute noch mittelalterliche Feudalzustände auf den grossen Gütern herrschen, ist es ihr nicht gelungen, grössere Anhängerzahlen zu gewinnen, weil die Grossgrundbesitzer auch in normalen Zeiten mit sanftem Druck und mehr oder weniger offenem Wahlschwindel sich die notwendigen Mehrheiten zu verschaffen wussten.

Die Militärregierung des Generals Aramburu hat freie Wahlen versprochen und wiederholt betont, dass sie gegenüber allen Parteien völlige Neutralität bewahren wird. Wird sie stark genug sein, diese Haltung bis in den letzten Winkel des Landes durchzusetzen? Konservierte Kräfte hinter den regierenden Offizieren sind eilig an Werke, die reaktionären Kreise der katholischen Hierarchie tun ein Übriges, so dass nur die Erfahrung zeigen kann, wie ernst es Aramburu mit der versprochenen Neutralität ist. Allen ungünstigen Umständen zum Trotz jedoch rechnen auch die politischen Gegner mit einem starken Zunehmen der sozialistischen Stimmen; die ersten Wahlversammlungen, die in Argentinien auf den Strassen und öffentlichen Plätzen stattfinden, geben wegen der starken Anteilnahme der Wählerschaft dieser Vermutung Recht.

Bremen führt das neunte Schuljahr ein

M.Th.Bremen

Als letztes Land der Bundesrepublik hat nun auch Bremen vom Prinzip der sechsjährigen Grundschule Abschied genommen. Zwar bleibt die sechsjährige Grundschule weiterhin Kern des Schulgesetzes, daneben erhalten die Eltern ab Ostern 1957 jedoch die Möglichkeit, ihre Kinder unter bestimmten Voraussetzungen bereits nach vier Grundschuljahren in die Oberschule überwechseln zu lassen. Die Bremische Bürgerschaft (Landtag) hat in dieser Woche ein entsprechendes Änderungsgesetz beschlossen, es wird nach der zweiten Lesung Ende März in Kraft gesetzt.

Grundlage des Änderungsgesetzes war das Düsseldorfer Abkommen der deutschen Ministerpräsidenten zur Vereinheitlichung des Schulwesens vom Februar 1955, das auch eine einheitliche Bezeichnung der einzelnen Schulzweige vorsieht. Auf die Grundschule von vier oder sechs Jahren bauen sich in Bremen in Zukunft die Hauptschule (früher Volksschule), die Mittelschule, die Wirtschaftsoberschule, das Gymnasium und die Berufsschule auf.

Der sozialdemokratischen Fraktion ist die Zustimmung zu diesem Änderungsgesetz nicht leicht gefallen, denn trotz einschränkender Bestimmungen ist die Schulreform von 1949 durch den vorzeitigen Übergang zur Oberschule in ihrem Kernpunkt durchbrochen worden. Die Änderung des Bremischen Schulgesetzes muss jedoch im Rahmen der Schulgesetzgebung der Bundesländer gesehen werden. So haben alle Bundesländer, die nach dem Kriege schulreformerisch tätig waren, inzwischen Abstriche vorgenommen, ausserdem war die SPD an ein Wahlversprechen und an Koalitionsatzsprachen gebunden.

Um die Frage der Schulgesetzgebung aus dem Bürgerschaftswahlkampf von 1955 herauszuhalten, hatte die Sozialdemokratische Partei das Mehrheitsgutachten eines Expertenausschusses bereits vor der Fertigstellung als bindend anerkannt. Der Bürgerblock wollte sich zu einer gleich fairen Haltung nicht durchringen, er sah im "Schulkampf" das einzige Mittel, sein dürftiges Wahlrepertoire zu stärken. Doch erwies der Wahlausgang, der der SPD die absolute Mehrheit brachte, dass die Bevölkerung die Haltung der Sozialdemokraten begrüßte und sich auch durch die Dramatisierung von Bildungsfragen nicht in ihrer politischen

Entscheidung beirren liess.

Selbstverständlich hielten sich die Sozialdemokraten auch nach dem Wahlsieg an das Gutachten gebunden, das einen Übergang von der vierjährigen Grundschule zum Gymnasium für "Kinder mit einwandfrei erkennbarer theoretischer Begabung" vorsah. Diese Formulierung wurde Bestandteil der Koalitionsvereinbarungen zwischen SPD, CDU und FDP, die dem sozialdemokratischen Wahlprogramm im Übrigen voll Rechnung trugen.

Die Bremische Schulverwaltung wünschte den Übergang nach vierjähriger Grundschule auch auf die Mittelschule auszuweiten, fand hier in der SPD-Bürgerschaftsfraktion jedoch keine Mehrheit. Eine weitere Einengung der sechsjährigen Grundschule sollte nicht erfolgen. Die von dem sozialdemokratischen Senator Dehnkampff geleitete Schulverwaltung liess sich bei ihren Vorschlägen allein von technischen Gesichtspunkten leiten, da die Sperrung der Mittelschule - so wird befürchtet - zu einem verstärkten Andrang auf die Oberschule führen könnte.

Liess sich die Verwässerung der sechsjährigen Grundschule infolge der politischen Bindungen und der "Inselstellung" Bremens auf schulpolitischem Gebiet nicht verhindern, so war die Sozialdemokratie doch in anderer Weise offensiv tätig. Das neunte Schuljahr in der Volksschule wird einem sozialdemokratischen Antrag entsprechend gesetzlich verankert, es soll erstmalig Osterm 1959 wirksam werden. Bleibt die Zahl der Kinder, die das Gymnasium vorzeitig besuchen sollen, in den Grenzen von 10 Prozent, so wird der Ansturm auf die erstmals gebildeten 5. Klassen in den Gymnasien von den vorhandenen Lehrkräften aufgefangen werden können. Der Raummangel macht jedoch einen verstärkten Schichtunterricht notwendig.

Mit einer Verschiebung des Termins für den ersten Übergang waren CDU und FDP trotz dieser Entwicklung nicht einverstanden. Sie liessen sich weniger von pädagogischen als von politischen Gesichtspunkten leiten, da sie ihren Wählern unbedingt einen "Schülerfolg" präsentieren wollen. Die Schüler und Lehrer werden diese auf Optik abgestellte Schulpolitik mit neuen Belastungen bezahlen müssen, das es nicht angeht, die für das Bildungswesen zur Verfügung stehenden Mittel auf Jahre hinaus nur einem begrenzten Bevölkerungskreis zufließen zu lassen. Das Gleichheitsprinzip und die Forderungen einer umfassenden Volksausbildung machen es notwendig, alle Schulzweige gleichbleibend zu berücksichtigen.

Begrüßenswerte Initiative

sp- Schon vor dem Besuch Ollenbauers in den Vereinigten Staaten war - wir berichteten ausführlich darüber - der "Amerikanische Rat für die Wiedervereinigung Deutschlands" unter Teilnahme bekannter amerikanischer Politiker gebildet worden. Dieser "Rat" setzt sich zum Ziele, die Diskussion über die friedliche Wiedervereinigung Deutschlands in der USA zu befruchten, eigene Vorschläge auszuarbeiten und das Verständnis für das deutsche Problem in den Vereinigten Staaten wachzuhalten.

Diese Initiative amerikanischer Politiker hat in den Vereinigten Staaten ein beachtliches Echo ausgelöst. Der "Rat" schaltet sich zur Zeit in Washington aktiv in die Verhandlungen der Vier-Mächte-Arbeitsgruppe zur Wiedervereinigung Deutschlands ein und hat auch mit deutschen Stellen Fühlung aufgenommen.

Aus einer Veröffentlichung über die bisherige Tätigkeit des "Amerikanischen Rates für die Wiedervereinigung Deutschlands" geht hervor, dass der frühere deutsche Reichstagspräsident Paul Löbe, jetzt Präsident des Kuratoriums "Urteilbares Deutschland", die Zusammenarbeit mit den amerikanischen Freunden der Wiedervereinigung Deutschlands vorgeschlagen hat.

Der "Rat" befasst sich auch mit der Ausarbeitung eines Planes zur Wiedervereinigung. Wie sein Vorsitzender Richard Sperber mitteilte, hat ihn der Vorsitzende des Auswärtigen Ausschusses im Deutschen Bundestag, CDU-Bundestagsabgeordneter Kiesinger, vor kurzem erklärt, dass ein erfolgsversprechender Plan für die Wiedervereinigung Deutschlands noch nicht vorliege. - Inzwischen hat sich auch die "Steuben-Gesellschaft von Amerika" zur Zusammenarbeit mit dem "Rat" bereit erklärt.

Am Rande sei vermerkt, dass sich der frühere nationalsozialistische Reichstagsabgeordnete Dr. Otto Strasser an den "Rat" mit dem Ersuchen gewandt hat, ihn zu einem Vortrag nach den USA einzuladen. Dies Ersuchen wurde dankend abgelehnt...

13. 3. 1957

Klarheit tut not

sp - Einige Monate vor den Wahlen weiss der bundesrepublikanische Wähler nicht, wann er zu der Wahlurne gehen soll. Im September oder schon im Juli? Die grösste Regierungspartei, die durch ihre Mehrheit über den Wahltermin verfügen kann, hüllt sich bewusst in Unklarheit, sie lässt die deutsche Öffentlichkeit zappeln, ein Beweis mehr für die Missachtung, die diese Partei dem Wähler entgegenbringt. Dazu unter dieser gewollten Unsicherheit die Arbeit des Bundestages leiden muss, dass sachliche, dem Wohle des Ganzen dienende Arbeit kaum mehr getan werden kann, liegt auf der Hand.

Dazu kommt noch folgendes: der gegenwärtige Bundestag muss nach den geltenden Bestimmungen bis zum 6. Oktober antreten, es gibt keine rechtliche Möglichkeit, ihn vorzeitig sterben zu lassen, ausser der Kanzler würde durch ein konstruktives Mehrheitsvotum gestürzt, was nach Lage der Dinge völlig ausgeschlossen ist. Ein Wahlgang am 15. Juli - dieser Termin wurde genannt - würde das in der modernen Parlamentsgeschichte wohl einmalige Ergebnis haben, daß wir gewissermassen zwei Bundestage hätten - einen sichtbaren, nämlich den bis zum 6. Oktober bestehenden, und einen, der zwar schon gewählt ist, aber nicht zusammentreten kann. Will die CDU damit die bundesrepublikanische Demokratie vor aller Welt der Lächerlichkeit preisgeben?

Warum überhaupt diese Manipulation mit dem Wahltermin? Wenn die Bundesregierung wirklich staatspolitische Notwendigkeiten anzuführen hätte, dann sollte sie diese ohne Zögern bekenntgeben. Die Opposition hat sich noch niemals staatspolitischen Notwendigkeiten verschlossen. Aber gibt es zwingende Gründe? Sie sind nicht erkennbar, ausser die CDU hüllt sie in ihrem Schatzkästlein verborgen. Viel mehr spricht freilich dafür, dass sich die CDU bei ihren Manipulationen um eine Vorverlegung der Wahlen zum Dritten Bundestag von reinen parteiegoistischen Erwägungen leiten lässt, weil sie sich dadurch eine verbesserte Ausgangsposition für diese Wahlen verspricht.

Dieses Spiel mit den Wählern macht die Sache anrüchig. Die CDU wird sich von dem Verdacht der parteiegoistischen Manipulation der dritten Bundestagswahlen nur befreien können, wenn sie ohne Aufschub die Klarheit schafft, auf die 30 Millionen Wähler der Bundesrepublik legitimen Anspruch haben.

+ + +
